

KAMPAGNE FÜR DIE RECHTE DER NICHTRAUCHER

Adresse: Postfach 61 07 16, D-10938 Berlin

Fax: (+49) 69-791 22 93 69

Internet: www.passivesmoking.org

Die Kampagne ist eingetragen in:

ORGANIZATIONS AND INDIVIDUALS CONCERNED WITH NONSMOKERS' RIGHTS OUTSIDE THE UNITED STATES als CAMPAIGN FOR NONSMOKERS' RIGHTS.

Raucher verletzen Menschenrechte!

„Wer die Methoden der Mafia studieren will, muß Zugang zu den Chefetagen der Tabakindustrie und zu deren Zusammenkünften mit Politikern, Juristen und den Medienbossen finden.“ (FRANK WÖCKEL)

Offener Brief an Nichtraucherverbände, Regierungsstellen und Medien im In- und Ausland

Raucherkriminalität, Regierungswillkür und Menschenrechtsverletzungen in Deutschland

Gesundheitsbewußte Menschen werden mit Billigung und Unterstützung der Staatsbürokratie der Würde beraubt, an der Gesundheit geschädigt und massiv benachteiligt, womöglich bis zum Entzug der Existenzgrundlage. Der Verbrecherstaat setzt - im Einvernehmen mit der Rechtsbeugungsjustiz - sogar Grundrechte außer Kraft, wenn es darum geht, das Zwangsmitrauchen zu legitimieren.

Menschen, die sich überzeugend und unter großen persönlichen Opfern für den Schutz vor der Zwangsberauchung einsetzen, werden in der Bundesrepublik Deutschland massiv diskriminiert, bedroht und sogar tödlich angegriffen. Staatliche Stellen treffen keine Vorkehrungen für deren Schutz. Es hat fast den Anschein, als ob die Regierung und die Exekutive des staatlichen Gewaltmonopols, die Polizei, Einschüchterungen von Gesundheitsschützern nicht nur wohlwollend dulden, sondern geradezu darauf warten, daß diese unbequemen Mahner durch einen „Unfall“, eine mysteriöse Krankheit, einen vermeintlichen Selbstmord oder auf andere Weise „entsorgt“ werden. Eine beliebte Methode, aufmüpfige Passivrauchgeschädigte mundtot zu machen, scheint auch deren Psychiatrisierung zu sein. Ein Berliner Politiker ist wegen seines Einsatzes für den Schutz vor der Zwangsberauchung in einer der größten Berliner Zeitungen sogar mit Mord bedroht worden.

Mit Billigung des Staates und der Gerichte quälen die Raucherkriminellen Kinder regelrecht zu Tode. Kinder, die nicht mehr bei ihren rauchstinkenden Eltern bleiben wollen, weil sie extrem unter dem Tabakrauch leiden, werden von den Behörden gezwungen, diese furchtbaren Kindesmißhandlungen weiter über sich ergehen zu lassen. Passivrauchgeschädigte Kinder werden psychiatrisiert, die Kindesmißhandler bleiben unbehelligt...

Die Raucherkriminellen mobben Menschen, die die Zwangsbequalmung am Arbeitsplatz nicht ertragen können und dagegen Einwände erheben, in die Erwerbslosigkeit. Die Arbeitsämter bedrohen Nichtraucher mit Streichungen der Sozialleistungen, falls sie auf einen rauchfreien Arbeitsplatz bestehen. Auf diese Weise versucht die Staatsbürokratie offenbar, gesundheitsbewußten, empfindsamen, eigen- und sozialverantwortlichen Menschen die Existenzgrundlage zu entziehen.

Die Polizei setzt sich zu einem großen Teil aus Nikotinsüchtigen zusammen und betreibt sogar im Dienst massenhaft Drogenmißbrauch und Körperverletzung, indem sie hilfeschende Bürger vorsätzlich oder grob fahrlässig mit Tabakrauch schädigt. Sie erlaubt es Straftätern, die Opfer ihrer Gewalttaten auch gegen deren Einwände noch während der Vernehmung zum Passivrauchen zu nötigen.

(Näheres zu den erwähnten Menschenrechtsverstößen finden Sie in dem Buch von FRANK WÖCKEL: „Nichtraucherrechte – Passivrauchopfer in Deutschland“, insbesondere in den Kapiteln 13-14 und 21-23; mehr zur Psychiatrisierung von Opfern des Zwangsmitrauchens können Sie außerdem erfahren beim INFORMATIONSKREIS UMWELTGIFTE E.V., EDELTRAUD ÖCHSLER, Tel.: 08257-579.)

Die Bundesregierung bezichtigen wir der Legitimierung von Menschenrechtsverstößen und Kindesmißhandlung sowie des Staatsterrorismus, weil sie offensichtlich ein Handlanger der Drogenmafia bzw. der Tabakindustrie ist. Der gesetzliche Schutz vor der Zwangsberauchung wurde von der Bundesregierung bisher gezielt verhindert, ebenso das von der EU geplante Totalverbot der Tabakwerbung.

Wir verlangen, daß gegen Politiker, die den gesetzlichen Schutz vor der Zwangsberauchung blockieren, Untersuchungen wegen des Verdachts auf Abgeordnetenbestechung eingeleitet und diese für ihre Rauchlegitimierungsverbrechen zu Höchststrafen verurteilt werden. Ebenso müssen die von der Tabakmafia bestochenen Medienvertreter und „Wissenschaftler“ entlarvt und bestraft werden.

Die Opfer der Zwangsberauchung sind angemessen zu entschädigen, und zwar mit 6-7stelligen Summen, wie sie in den USA vorkommen. Mit den lächerlichen Entschädigungsbeträgen, wie sie bei der Unrechtssprechung der bundesrepublikanischen Opferverhöhnungsjustiz allgemein üblich sind, lassen wir uns keinesfalls abfertigen!

Ebenso fordern wir die geheimdienstliche Überwachung der Tabakindustrie mit dem Ziel, die Verantwortlichen für die Bestechung und Erpressung von Regierungsbeamten, Journalisten sowie Wissenschaftlern haftbar zu machen. Außerdem muß geprüft werden, inwieweit die Tabakindustrie mittels des organisierten Verbrechens gegen Nichtraucher schützt, damit eine strafrechtliche Verurteilung der Manager dieses Mafia-Unternehmens möglich wird und die vom Terror der Tabakindustrie betroffenen Menschen geschützt und entschädigt werden können.

Die derzeit noch übliche Vertuschung und Bagatellisierung der Greuelthaten dieses Drogen- und Verbrecherkartells nehmen wir nicht länger hin. Wir bewerten es als ein Staatsverbrechen schlimmster Art, wenn eine Droge legal verkauft und dafür sogar geworben werden darf, die nachweislich süchtig macht und Krebs sowie eine Vielzahl von anderen Erkrankungen verursacht und allein in Deutschland nach den Schätzungen des weltbekannten klinischen Toxikologen PROF. DR. MED. HABIL. MAX DAUNDERER jährlich ca. 250.000 Todesopfer fordert.

Was die Tabakindustrie veranstaltet, ist einer der schlimmsten, hinterhältigsten und bestialischsten Massenmorde in der Geschichte der Menschheit! Es steht in keinem Verhältnis, daß ein normaler Mörder mit mehrjährigen oder sogar lebenslangen Haftstrafen zu rechnen hat, während die Massenmörder dieses Drogenkartells, das sogar Kinder gezielt süchtig macht, unbehelligt bleiben und diese kriminellen Manager von Krankheit, Elend und Tod ihre Verbrechen mit staatlicher Legitimation begehen dürfen.

Wir verlangen:

1. In Deutschland ist ein wirkungsvoller und umfassender Schutz vor der Zwangsberauchung einzuführen - auch für Kinder!
2. Die Körperverletzung und Kindesmißhandlung durch aufgezwungenes Passivrauchen ist als Menschenrechtsverletzung zu verurteilen und die Opfer der Raucherkriminalität bzw. die Passivrauchopfer sind angemessen zu entschädigen.

Wir bitten insbesondere alle ausländischen Regierungsstellen, Nichtraucherverbände und Medien, diese Menschenrechtsverletzungen in Deutschland öffentlich zu ächten!

Von unserer Volksverhöhnungsregierung können wir leider nichts Gutes erwarten, sondern nur Ignoranz, Abwiegelung und Vertuschung der Raucherverbrechen. Nichtraucher schützen müssen dagegen mit Rufmord, Kriminalisierung, Schikanen aller Art und kriminellen Übergriffen rechnen. Der Mediziner DR. BUSCH ist sogar zweimal von der bundesrepublikanischen Rechtsbeugungsjustiz eingekerkert worden, weil er Tabakwerbung übermalt hat, wogegen die Tabakindustrie mit Billigung der Regierung und der Justiz Kinder drogensüchtig machen und hunderttausende Menschen mit ihren Giftstengeln umbringen darf.

FRANK WÖCKEL wurde wegen seines Einsatzes für den Schutz vor der Zwangsberauchung mit Folter und Mord bedroht, von vier Raucherkriminellen tödlich angegriffen, mit vielen weiteren Straftaten überschüttet und seine Arbeit für den Nichtraucherschutz mit den verschiedensten Mitteln sabotiert. Die Justiz verhängte sogar ein Redeverbot gegen FRANK WÖCKEL: Er durfte in der Öffentlichkeit oder gegenüber Medienvertretern nicht mehr äußern, daß er von dem Tabakrauch, der nachweislich von einer rauchenden Nachbarin in seine Wohnung eindringt, beeinträchtigt wird. Strafandrohung 500.000 DM oder sechs Monate Haft. Dieses Unrechtsurteil ist inzwischen vom LANDGERICHT BERLIN aufgehoben worden.

Die rauchstinkende Nachbarin darf ihn jedoch weiter mit den Tabakrauchgiften schädigen. Das sind keine Horrorgeschichten aus gewissen viel gerügten vergangenen Zeiten, sondern das ist die Realität in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. In dieser gehört es offenbar zu den „normalen Lebensgewohnheiten“, Menschen mit Tabakrauch zu vergasen. Wer kundtut, daß er unter der Zwangsberauchung leidet, wird schikaniert und kriminalisiert. Wir werden uns jedoch dem Terror der Tabakmafia und deren willigen Vollstreckern in der Regierung und der Justiz keinesfalls beugen.

Alle Medien, die über die Aktion berichten, bitten wir um Zusendung eines Belegexemplares bzw. eines Mitschnittes. Vielen Dank. Von der Tabakindustrie gekaufte Medien mögen sich der Berichterstattung enthalten. Durch eine tendenziöse Berichterstattung im Auftrag der Zigarettenhersteller (Nichtraucherschützer lächerlich machen und verleumden) entlarven sie sich als Sprachrohre der Drogenmafia. Journalisten, die von der Chefetage die Anweisung zum Totschweigen und Bagatellisieren der Passivrauchschäden oder zum Verreißen unserer Aktion erhalten, bitten wir um eine Mitteilung. Alle Beweise für die Bestechung von Politikern, Journalisten, Medizinern und Wissenschaftlern sowie für Bedrohungen, Mordversuche und andere Straftaten von seiten der Tabakindustrie bitte an uns weiterleiten! Menschen, die uns moralisch, finanziell oder sonstwie unterstützen wollen, sind uns herzlich willkommen und wenden sich bitte an die KAMPAGNE FÜR DIE RECHTE DER NICHTRAUCHER. Vielen Dank.

Berlin, den 09.09.1999 (Urfassung vom 01.01.1998)

Die Redaktion